

## Leserfoto



Weisstörche versammeln sich auf einem Acker bei Chatzenrüti. Obs bald nach Süden geht?

Willi Graf, Niederglatt

## Asylzentrum oder Innovationspark?

### Zum Entscheid des Bundesrats für eine gemischte Nutzung des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf

Erstaunlich, wie vollmundig Regierung, Bundesrat und Parlament sich zu einem Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf äussern. Dabei fehlt ein Bedarf, und die Idee ist nichts anderes als ein Verlegenheitsvorschlag. Mit einem Hintergrund von gut 80 Patenten unterstelle ich zunächst, dass keiner der genannten Politiker je als Erfinder tätig war. Man möge das Gegenteil unter Angabe der Patentnummer belegen.

Das jetzt über 20 Jahre zurückliegende Projekt Technopark Zü-

rich zeigt schon, wie alt die Idee des Innovationsparks inzwischen ist. Das Konzept ist ausgereizt, Industriebrachen stehen allenthalben leer, und die technischen Berufsleute, vom Lehrling bis zum Experten, fehlen gerade in der mittelständischen Industrie. Wer soll denn dort noch erfinden? Welche zukunftsversprechenden Unternehmen will man ansiedeln? Die Frage, ob in Dübendorf ein Zentrum für Asylanten oder allenfalls eines für Bastler entstehen soll, darf nicht aufgrund erträumter Argumente entschieden werden. Der Stimmbürger hat das Anrecht auf eine qualifizierte Planung und Information.

Urs Meyer, Niederglatt

## Was will der Stadtrat von Dübendorf denn noch?

### Zum Entscheid des Bundesrats für eine gemischte Nutzung des ehemaligen Militärflugplatzes Dübendorf

Dübendorfs Stadtpräsident Ziörjen spricht von einem Horrorszenario. Dies träte tatsächlich ein, wenn man ihn gewähren liesse, das 2 Milliarden schwere Geschenk des Bundes zu überbauen. Grosse Teile des Glattals leiden schon heute unter dem täglichen Verkehrskollaps, hervorgerufen durch die unkooperierte Bauerei und die Utopien des Herrn Ziörjen. Dübendorf will profitieren

und bauen, der Rest soll zahlen und im Stau stecken bleiben.

Die Piste muss in der heutigen Form bestehen bleiben und wie vom Bundesrat bereits beschlossen, von der Flugplatz Dübendorf AG gewinnbringend betrieben werden. Daneben bleibt noch genügend Platz, um weitere Pläne massvoll zu verwirklichen. Heute oder eher später, falls unsere Nachkommen denn das auch wirklich wollen. Dieses Millionengeschenk soll eine Landreserve für unsere Jugend sein.

Markus Wanner, Kloten

## Ein Trugschluss

### Zur eidgenössischen Abstimmung vom 28. September über die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Wir haben ein gutes Gesundheitssystem. Weltweit sogar eines der besten. Trotzdem steht auch heute nicht alles zum Besten.

Wiederholt versucht man, das System zu wechseln und uns die Einheitskasse als eine bessere Lösung zu verkaufen. Leider zeigen es die Beispiele in den Nachbarländern, dass die Rechnung mit diesem System nicht aufgeht.

Eine Einheitskasse bedeutet Zentralisierung, und das bewirkt, dass die Kosten steigen werden. Der Systemwechsel verspricht vieles, wird es aber nicht halten können. Vielmehr muss die Politik dafür sorgen, dass unser heutiges System nicht missbraucht wird (sowohl von den Kranken-

kassen wie auch seitens der Versicherten), dass die Leistungen nicht stetig ausgebaut werden und unsere Grundversicherung dadurch zu platzen droht. Dass alle Spitäler und Institutionen nicht ständig die teuren Apparaturen x-fach anschaffen und damit ein Machtkampf um Hoheitsgebiete ausgefochten wird.

Als Bürger möchte ich endlich die positive Botschaft hören: «keine Prämienexplosion» und nicht immer Prämienvertierungen und Umbaupläne, die keine Verbesserungen bringen. Mit einem Systemwechsel wird das Übel nicht an der Wurzel gepackt. Mit einer Einheitskasse werden wir einen grossen Apparat schaffen, der bald unkontrollierbar wird, keine Verbesserung bringt und uns am Ende noch mehr kostet.

Erika Zahler, Boppelsen

## «Asylumbau» – das Unwort des Jahres

### Zum Artikel «Der Asylumbau kostet 550 Millionen».

Ausgabe vom 4. September

Bundesrätin Sommaruga kündigt einmal mehr einen «Umbau» des Asylwesens mit neuen Asylzentren, mehr Personal, einem Gratisanwalt für Asylbewerber und angeblich kürzeren Verfahren an. Wozu eigentlich dieser Umbau, der offiziell auf 550 Millionen veranschlagt wird, aber zu einer noch grösseren Kostenexplosion führt? Warum setzt sie nicht einfach die Gesetze durch? Warum explodieren die Asylgesuche von Eritreern, vor allem von Dienstverweigerern, bis Ende Jahr voraussichtlich auf rund 6000, obwohl das Schweizervolk im Juni 2013 beschlossen hat: «Dienstverweigerung ist kein Asylgrund»?

Bei Sommaruga und der Mehrheit des Mitte-links-Parlaments fehlt der politische Wille zum Handeln. Man ruft nach neuen Konzepten und verlangt noch mehr Milliarden und heizt damit die Asylindustrie zusätzlich an.

Auch der Ruf nach neuen Zentren ist verfehlt: Wir haben mit Chiasso, Vallorbe, Basel, Kreuzlingen und Altstätten bereits fünf grosse Empfangs- und Verfahrenszentren in Grenznähe. Sinnvoll ist es, diese Zentren grundsätzlich geschlossen zu führen, alle neuen Asylbewerber dort unterzubringen, höchstens noch eine Beschwerde zuzulassen, die Verfahren in vier bis acht Wochen definitiv abzuschliessen und den Kantonen und Gemeinden nur anerkannte Flüchtlinge zuzuwei-

sen. Damit wird die Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge und Schlepper stark reduziert – zugunsten der wirklich an Leib und Leben Bedrohten.

Die SVP will eine Volksinitiative mit dieser Stossrichtung lancieren. Als Variante II wird eine konsequente Durchsetzung des Schengen/Dublin-Abkommens geprüft: Für Asylbewerber, die über ein sicheres Drittland in die Schweiz einreisen, gibt es lediglich ein Wegweisungsverfahren. Ziel: Asylgesuche sollen möglichst nahe beim Herkunftsland gestellt werden, damit die Betroffenen nach einer Verbesserung der Situation wieder dorthin zurückkehren können.

Hans Fehr, SVP-Nationalrat, Eglisau

## Eine Lösung fürs Brocki muss her

### Zum Artikel «Frauenverein trauert um Brocki»

Ausgabe vom 3. September

Wir sind sehr enttäuscht, dass die sehr geschätzte Brockenstube in Regensdorf mangels eines fehlenden neuen Platzes geschlossen muss. Man fühlt sich vor den Kopf gestossen, dass eine mit so viel Arbeit und Freude durch freiwillige ehrenamtliche Frauen betriebene wohltätige Institution einfach geschlossen werden soll. Weshalb die Gemeinde mit einer brauchbaren Lösung nicht geholfen hat, dieses Desaster abzuwenden, ist für uns unerklärlich! Für alles hat man in den letzten Jahren in Re-

gensdorf sehr viel Geld in neue Projekte gesteckt, sei es für Kinderhorte, Kindergärten, Schulen, Asylantenunterkünfte, ein neues Gemeindehaus usw. Wir fragen uns, weshalb das Geld für alles Unbenutzte so locker sitzt, aber für die Brocki, die sehr viele soziale Projekte für wohltätige Zwecke ermöglicht hat, dafür fehlen das Geld und das Interesse, um eine akzeptable Lösung zu finden. Dank der Gratisarbeit vieler Frauen konnte der alljährliche Altersausflug für über 300 Senioren mitfinanziert werden.

Mit etwas gutem Willen sollte es einer grossen Gemeinde wie

Regensdorf möglich sein, einen Platz für eine so soziale Institution zu finden. Andernorts behilft man sich mit Containern, welche heute mit allem Notwendigen wie sanitären Anlagen ausgestattet sind. Geeignete Plätze wären hier bestimmt genügend vorhanden.

Wir hoffen, dass die zuständigen Beamten doch noch eine gute Lösung finden werden. Und auch ein Raum mit den gleichen Bedingungen wie bis anhin zu finden ist. Wenn nicht, so wäre dies eine Schande für Regensdorf, das sich immer für ein «regesdorf, regesdorf» publik macht.

Ruth Vogel, Regensdorf

## Initiativkomitee für beide Vorlagen

### Zu den kommunalen Abstimmungen in Bülach.

Die Broschüre der BSB, welche in alle Haushaltungen verteilt wurde, könnte den Eindruck erwecken, dass die Befürworter der Initiative Stadthaus Sechtbach gegen den Bau einer Gross-Sporthalle seien. Dem ist nicht so! Im Gegenteil, das Initiativkomitee steht klar hinter der Gross-Sporthalle und ist überzeugt, mit einer preisgünstigen, zentralisierten Verwaltung am Standort Sechtbach die Finanzierung wichtiger Sportinfrastruktur sicherzustellen. Dies im Gegensatz zum Standort Herti, welcher die Rechnung der Stadt mit rund 15 bis 20 Millionen mehr belasten würde.

Als Mitglied der Fachkommission für die Gross-Sporthalle ist es mir ein Anliegen, die Qualität und die Dringlichkeit des Projek-

tes hervorzuheben. Das Projekt wurde sehr genau geprüft (auch durch die kritische RPK) und wurde vom Gemeinderat praktisch einstimmig gutgeheissen.

Der Bedarf für eine wettbewerbsfähige Grossfeldhalle ist selbst von den Gegnern unbestritten. Mit dem Standortentscheid Hirslen werden die Indooraktivitäten an einem Standort konzentriert, was zu Synergien zwischen der bestehenden Anlage und der neuen Halle führen und die Betriebskosten positiv beeinflussen wird. Die nötige Umgestaltung der Zufahrt von der Hochfelderstrasse verbessert auch die Erschliessung der bestehenden Hirslen und erhöht die Sicherheit.

Auch die Gefährdung durch die Glatt wurde geprüft. Der maximale Grundwasserspiegel liegt mit rund 3 Metern unter der Bo-

denplatte der Einstellgarage. Die Garage selber wird nicht komplett im Boden vergraben, sondern ist so angeordnet, dass der Turnhallenbereich über dem Terrain zu liegen kommt. Die neue Anlage liegt in einem Gebiet mit geringer Hochwassergefährdung, an Gebäuden wäre nur mit geringen Schäden zu rechnen. Durch die Gestaltung würde bei einem Extremereignis (alle 300 Jahre) allenfalls die Einstellhalle geflutet. Für Personen, Halle und Einrichtung selber besteht keine Gefahr.

Mit einem Ja zur Gross-Sporthalle wird ein wichtiger Schritt für die Jugend eingeleitet, mit einem Ja zum Stadthaus Sechtbach wird auch die nötige Finanzierung vereinfacht.

Patrick Tantanini, Präsident Initiativkomitee Stadthaus Sechtbach

## Der gierige HEV

### Zur kantonalen Abstimmung vom 28. September über die Festlegung eines Mindestanteils an preisgünstigem Wohnraum

Die Vertreter des Hauseigentümergebietes können den Hals nicht voll genug kriegen. Sie bekämpfen die PBG-Revision für «Bauzonen mit Anteil an preisgünstigen Wohnungen» mit der Drohung der «Mietzinsverteuerung» (vergleiche Plakat-Kampagne). Unverschämter geht es nicht. Auch die preisgünstigen Wohnungen in den betroffenen Zonen sichern den Eigentümern eine angemessene Rendite. Das ist ihnen offensichtlich zu wenig. Die HEV-Immobilienbesitzer beabsichtigen, die angemessene Rendite mit Mietzinserhöhungen auf den nicht geschützten Wohnungen zu erhöhen, damit sie eine Rendite ihrer Vorstellung erhalten: Das heisst «überrisikorendite», «Mietwucher».

Die PBG-Revision ist für andere Eigentümer gedacht. Für solche, die faire Mietverhältnisse den ungerechtfertigten Renditen und Spekulationen vorziehen.

Thomas Hardegger, Präsident Hausverein Zürich, SP-Nationalrat, Gemeindepräsident Rümlang

## FORUM

### Abstimmungen

Am Dienstag, 23. September, publizieren wir die letzten Leserbriefe zu den Abstimmungen vom 28. September. Redaktionsschluss ist am Donnerstag, 18. September. Einsendungen, die nach diesem Datum eintreffen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Redaktion

## Ein Schuldiger muss her

Eine Tendenz, welche mir zu denken gibt, ist jene, dass für jedes Unglück und jedes Leid ein Schuldiger her muss. Ich war in einer psychiatrischen Klinik und hörte einen Arzt sagen: «So ist das in unserem Beruf, wenn jemand Suizid macht, sind wir am Schluss die Schuldigen.» Es wird auch geklagt, auf Teufel komm raus. Ferner hat mal jemand einen Fall bis vors Bundesgericht gebracht, wo es darum ging, dass er sich einen Zahn ausgebissen habe, als er in einen Kirschenkuchen biss. Er wollte den Hersteller des Kuchens haftbar machen, was das Bundesgericht folgerichtig zurückwies. Begründung des Urteils war, das man damit rechnen müsse, dass auch mal eine Kirche nicht entkernt worden sei. Ein anderes Mal hat jemand geklagt, weil die Feuerwehr nicht verhindern konnte, dass Wasser in einen Keller lief, als grobe Niederschläge herunterprasselten. Folgerichtig wies das Gericht diese Klage ab, es sei eben höhere Gewalt. Des Weiteren mag man sich erinnern an die Klagen gegen die Schweiz wegen Nazi-Gold, als ob unsere Generation daran schuld wäre. Wir, so scheint es zumindest – und diese Zustände herrschen in vermehrter Masse auch in den USA – leben nicht in einem Rechtsstaat, sondern in einem Rechtsmittelstaat.

Es kann vorkommen, dass derjenige, welcher das erste Glied in der Kette ist, verurteilt wird, aber diejenigen, welche die Folgeglieder sind und auch an dem Unglück beteiligt waren, straffrei ausgehen. Diese Tatsachen sollten uns zu denken geben.

Hans Steffen, Eglisau